Deutscher Bundestag **Drucksache 16/37**

16. Wahlperiode 03. 11. 2005

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und Rumäniens der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, dass sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung und die Rentenversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Staat. Ferner ist vorgesehen, dass in der deutschen und rumänischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben, dem stehen entsprechende Leistungen auf der rumänischen Seite gegenüber.

Mit Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, ist nicht zu rechnen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 3. November 2005

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Der Bundesrat hat in seiner 813. Sitzung am 8. Juli 2005 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Bukarest am 8. April 2005 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit,

2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,

2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,

3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen,

4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,

5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 8 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Durch diese Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 8 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss für die knappschaftliche Rentenversicherung.

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben, denen entsprechende Leistungen auf der rumänischen Seite gegenüberstehen werden.

Mit Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, ist nicht zu rechnen.

Das Gesetz wurde unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming auf seine Geschlechterrelevanz überprüft. Gleichstellungspolitische Aspekte werden nicht angesprochen. Frauen und Männer sind von dem Gesetz nicht unterschiedlich betroffen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

Acord între Republica Federală Germania și România privind securitatea socială

Die Bundesrepublik Deutschland

und

Rumänien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Republica Federală Germania

și

România

conduse de dorința să-și reglementeze relațiile în domeniul securității sociale,

au convenit după cum urmează:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Partea I
Dispoziții generale

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Staatsangehöriger“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in Bezug auf Rumänien

   eine Person, die nach dem rumänischen Gesetz über die Staatsangehörigkeit die rumänische Staatsangehörigkeit besitzt;

2. „Rechtsvorschriften“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen,

   in Bezug auf Rumänien

   die Gesetze und die anderen rechtsetzenden Akte, die sich auf das vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfasste öffentliche Sozialversicherungssystem beziehen;

3. „zuständige Behörde“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung,

   in Bezug auf Rumänien

   das Ministerium für Arbeit, Soziale Solidarität und Familie;

Articolul 1
Definiții

(1) În prezentul Acord, următorii termeni desemnează:

1. „Cetățean”

   pentru Republica Federală Germania

   un german în sensul Legii Fundamentale pentru Republica Federală Germania,

   pentru România

   o persoană care are cetățenia română în conformitate cu legea română cu privire la cetățenie;

2. „Legislație”

   pentru Republica Federală Germania

   legile, decretele, regulamentele și alte acte normative generale care privesc ramurile și sistemele securității sociale cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1),

   pentru România

   legile și celelalte acte normative care privesc sistemul public de asigurări sociale cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1);

3. „Autoritate competentă”

   pentru Republica Federală Germania

   Ministrul Federal al Sănătății și Securității Sociale,

   pentru România

   Ministerul Muncii, Solidarității Sociale și Familiei;

4. „Träger“

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) obliegt;

5. „zuständiger Träger“

   der nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständige Träger;

6. „Versicherungszeiten“

   Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften berücksichtigungsfähige Zeiten;

7. „Geldleistung“ oder „Rente“

   eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

8. „Flüchtling“

   eine Person im Sinne des Artikels 1 des Abkommens von Genf vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen;

9. „Staatenloser“

   eine Person im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen;

10. „gewöhnlicher Aufenthalt“

    der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
   a) Rentenversicherung,
   b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
   c) Alterssicherung der Landwirte,
   d) Unfallversicherung in Bezug auf Renten oder andere Geldleistungen;
2. auf die rumänischen Rechtsvorschriften über
   a) Renten wegen Alters,
   b) vorgezogene Renten,
   c) Invaliditätsrenten,
   d) Hinterbliebenenrenten,
   e) Zuschüsse für zeitweilige Arbeitsunfähigkeit, hervorgerufen durch Berufskrankheiten oder Arbeitsunfälle.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind, gehen diese vor.

4. „Instituție”

   organismul sau autoritatea responsabilă cu aplicarea legislației cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1);

5. „Instituție competentă”

   instituția competentă conform legislației aplicabile;

6. „Perioadă de asigurare”

   stagiile de cotizare realizate conform legislației aplicabile, precum și alte perioade recunoscute ca atare de această legislație;

7. „Prestație în bani” sau „Pensie”

   o pensie sau o altă prestație în bani, inclusiv toate revalorizările, prestațiile suplimentare și majorările;

8. „Refugiat”

   persoana în sensul articolului 1 al Convenției de la Geneva din 28 iulie 1951 privind statutul refugiaților și al Protocolului din 31 ianuarie 1967 la această Convenție;

9. „Apatrid”

   persoana în sensul articolului 1 al Convenției de la New York din 28 septembrie 1954 privind statutul apatrizilor;

10. „Reședința obișnuită”

    locul de ședere efectivă, care nu este numai temporară.

(2) Ceilalți termeni au semnificația atribuită de legislația pe care o aplică Statul contractant respectiv.

Articolul 2

Câmpul material de aplicare

(1) Prezentul Acord se va aplica

1. legislației germane privind
   a) asigurarea pentru pensii,
   b) asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie,
   c) pensia agricultorilor,
   d) asigurarea contra accidentelor în ceea ce privește pensiile sau alte prestații de bani,
2. legislației române privind
   a) pensiile pentru limită de vârstă,
   b) pensiile anticipate,
   c) pensiile de invaliditate,
   d) pensiile de urmași,
   e) indemnizațiile pentru incapacitate de muncă determinată de boli profesionale sau accidente de muncă.

(2) În cazul în care conform legislației unui Stat contractant sunt îndeplinite, în afara condițiilor pentru aplicarea prezentului Acord, și condițiile pentru aplicarea unui alt acord sau reglementare internațională, instituția acestui Stat contractant, în aplicarea prezentului Acord, nu va ține seama de celălalt acord sau reglementare internațională. În măsura în care celălalt acord sau reglementare internațională conține anumite prevederi referitoare la repartizarea riscurilor de asigurare conform cărora perioadele de asigurare au trecut în mod definitiv pe seama unuia din cele două State contractante sau au fost transferate de pe seama acestora, aceste prevederi prevalează.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für folgende Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten:

1. als unmittelbar erfasste Personen
   a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
   b) Flüchtlinge,
   c) Staatenlose,
2. als mittelbar erfasste Personen

   andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen ableiten,
3. als Drittstaatsangehörige

   Staatsangehörige eines anderen Staats als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den mittelbar erfassten Personen gehören.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar und mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Artikel 5

Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die von diesem Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats haben.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber, der dort gewöhnlich tätig ist, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats im Voraus zeitlich begrenzt entsandt, um dort ausschließlich eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so

Articolul 3

Câmpul personal de aplicare

Prezentul Acord se va aplica următoarelor persoane care au fost sau sunt supuse legislației unuia din Statele contractante:

1. în calitate de persoane direct cuprinse
   a. cetățenii unui Stat contractant,
   b. refugiați,
   c. apatrizi,
2. în calitate de persoane indirect cuprinse

   alte persoane, în măsura în care drepturile acestora decurg de la un cetățean al unui Stat contractant, de la un refugiat sau de la un apatrid,
3. în calitate de cetățeni ai unui stat terț

   cetățenii provenind dintr-un stat, altul decât unul dintre Statele contractante, în măsura în care nu fac parte din categoria persoanelor indirect cuprinse.

Articolul 4

Egalitate de tratament

(1) Persoanele cuprinse direct și indirect în câmpul personal de aplicare al prezentului Acord (articolul 3) care au reședința obișnuită pe teritoriul unui Stat contractant vor beneficia de egalitate de tratament în aplicarea legislației unui Stat contractant, în aceleași condiții ca și cetățenii acestuia.

(2) Prestațiile acordate conform legislației unui Stat contractant vor fi acordate cetățenilor celuilalt Stat contractant care au reședința obișnuită în afara teritoriilor Statelor contractante, în aceleași condiții ca și cetățenilor primului Stat contractant care au acolo reședința obișnuită.

Articolul 5

Egalitate de tratament în privința reședinței obișnuite

În cazul în care în legislația unui Stat contractant există restricții conform cărora deschiderea drepturilor la prestații, acordarea prestațiilor sau plata prestațiilor în bani este condiționată de reședința obișnuită pe teritoriul acestui Stat contractant, acestea nu vor fi aplicate persoanelor cuprinse direct sau indirect în prezentul Acord (articolul 3) care au reședința obișnuită pe teritoriul celuilalt Stat contractant.

Articolul 6

Obligația de asigurare a persoanelor angajate

Obligația de asigurare a persoanelor angajate se stabilește potrivit legislației Statului contractant pe al cărui teritoriu persoana în cauză își desfășoară activitatea; această dispoziție se va aplica și în cazul în care angajatorul se află pe teritoriul celuilalt Stat contractant.

Articolul 7

Obligația de asigurare în cazul trimiterii pe teritoriul celuilalt Stat contractant

Persoana angajată pe teritoriul unui Stat contractant, trimisă de angajatorul său care își desfășoară acolo activitatea în mod obișnuit pentru a desfășura, în cadrul aceluiași raport de muncă, o anumită activitate exclusiv pentru acest angajator, pe teritoriul celuilalt Stat contractant, pe o perioadă determinată stabilită în prealabil, va continua să fie supusă, referitor la această activitate pentru o perioadă care cuprinde primele 24 de luni calendaristice, exclusiv legislației primului Stat contractant

weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Kalendermonaten beginnt mit dem ersten Tag des Kalendermonats, in dem der Arbeitnehmer die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufnimmt.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Versicherungspflicht anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für andere Personen, auf die sich die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) beziehen.

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen oder konsularischen Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem, einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

(3) Hatte ein in Absatz 2 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Beschäftigungsstaat, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

(4) Beschäftigt die diplomatische oder konsularische Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die diplomatische oder konsularische Vertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber gemäß den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats obliegen, einzuhalten.

(5) Beschäftigt ein Mitglied oder ein Bediensteter einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat das Mitglied oder der Bedienstete die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber gemäß den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats obliegen, einzuhalten.

privind obligaţia de asigurare, ca şi cum şi-ar desfăşura activitatea în continuare pe teritoriul acestuia. Această perioadă de 24 de luni calendaristice curge din prima zi a lunii calendaristice în care persoana angajată îşi începe activitatea pe teritoriul celuilalt Stat contractant.

Articolul 8

Obligaţia de asigurare a echipajului navelor

(1) Persoana angajată la bordul unei nave maritime care navighează sub pavilionul unui Stat contractant va fi supusă în ceea ce priveşte obligaţia de asigurare legislaţiei acelui Stat contractant.

(2) În cazul în care o persoană angajată care are reşedinţa obişnuită pe teritoriul unui Stat contractant va fi angajată în mod temporar la bordul unei nave maritime care navighează sub pavilionul celuilalt Stat contractant de către un angajator care are sediul pe teritoriul primului Stat contractant şi care nu este proprietarul navei, legislaţia primului Stat contractant în materia obligaţiei de asigurare va fi aplicată ca şi cum persoana în cauză şi-ar desfăşura activitatea pe teritoriul acestui Stat contractant.

Articolul 9

Obligaţia de asigurare a altor persoane

Dispoziţiile prezentului Acord referitoare la obligaţia de asigurare vor fi aplicate în mod corespunzător şi altor persoane la care se referă legislaţia prevăzută de câmpul material de aplicare (articolul 2 alineatul 1).

Articolul 10

Obligaţia de asigurare a membrilor misiunilor diplomatice sau consulare

(1) Prezentul Acord nu aduce atingere Convenţiei de la Viena din 18 aprilie 1961 cu privire la relaţiile diplomatice şi Convenţiei de la Viena din 24 aprilie 1963 cu privire la relaţiile consulare.

(2) În cazul în care un cetăţean al unui Stat contractant îşi desfăşoară activitatea pentru acest Stat contractant, pentru un membru sau pentru un angajat al unei misiuni diplomatice sau consulare a acestui Stat contractant pe teritoriul celuilalt Stat contractant, în materia obligaţiei de asigurare va fi aplicată pe durata activităţii legislaţia primului Stat contractant, ca şi cum persoana în cauză şi-ar desfăşura activitatea pe teritoriul acestuia.

(3) În cazul în care o persoană angajată în sensul dispoziţiilor alineatului 2, înainte de începerea activităţii, a avut reşedinţa obişnuită în Statul în care îşi desfăşoară activitatea, aceasta poate, în termen de trei luni de la începerea activităţii, să opteze în ceea ce priveşte obligaţia de asigurare pentru aplicarea legislaţiei Statului contractant în care îşi desfăşoară activitatea. Opţiunea urmează să fie declarată angajatorului. Legislaţia aleasă va fi aplicată de la data acestei declaraţii.

(4) Dacă o misiune diplomatică sau consulară a unui Stat contractant va angaja o persoană supusă legislaţiei celuilalt Stat contractant, misiunea diplomatică sau consulară va respecta obligaţiile angajatorilor locali, conform legislaţiei acestui Stat contractant.

(5) Dacă un membru sau un angajat al unei misiuni diplomatice sau consulare a unui Stat contractant va angaja o persoană supusă legislaţiei celuilalt Stat contractant, acest membru sau angajat va respecta obligaţiile angajatorilor locali conform legislaţiei acestui Stat contractant.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag einer Person, die von Artikel 9 erfasst wird, können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

(2) Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Articolul 11

Excepţii de la dispoziţiile privind obligaţia de asigurare

(1) La cererea comună a persoanei angajate şi a angajatorului sau la cererea unei persoane care cade sub incidenţa articolului 9, autorităţile competente ale celor două State contractante sau instituţiile desemnate de acestea pot stabili de comun acord excepţii de la dispoziţiile prezentului Acord în materia obligaţiei de asigurare, cu condiţia ca persoana în cauză să fi fost supusă sau să fie supusă legislaţiei unuia din Statele contractante. În acest sens, vor fi luate în considerare modalităţile şi caracteristicile activităţii.

(2) Cererea va fi depusă în Statul contractant a cărui legislaţie urmează a fi aplicată.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Partea a II-a

Dispoziţii speciale

Secţiunea 1

Asigurarea în caz de accidente de muncă şi boli profesionale

Artikel 12

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Articolul 12

Prestaţii în caz de accidente de muncă sau de boli profesionale

(1) În cazul în care legislaţia unui Stat contractant prevede că pentru stabilirea gradului de reducere a capacităţii de muncă sau pentru eligibilitatea pentru acordarea prestaţiilor în cazul accidentelor de muncă sau bolilor profesionale în sensul acestei legislaţii vor trebui luate în considerare alte accidente de muncă sau boli profesionale, acest lucru este valabil şi pentru accidentele de muncă sau bolile profesionale care cad sub incidenţa legislaţiei celuilalt Stat contractant, ca şi cum ar fi sub incidenţa legislaţiei primului Stat contractant. Accidentele de muncă necesar a fi luate în considerare vor fi tratate în acelaşi mod ca şi accidentele sau alte cazuri de risc luate în considerare conform altor prevederi.

(2) Pentru despăgubirea riscului asigurat survenit, instituţia competentă va stabili prestaţia conform gradului de reducere a capacităţii de muncă în cazul accidentelor de muncă sau bolilor profesionale pe care trebuie să-l ia în considerare conform legislaţiei în vigoare pentru această instituţie.

Artikel 13

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der zuständige Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente, so hat der zuständige Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden

Articolul 13

Luarea în considerare a activităţilor vătămătoare sănătăţii

(1) În vederea acordării prestaţiilor în cazul bolilor profesionale, instituţia competentă a unui Stat contractant va lua în considerare şi activităţi desfăşurate conform legislaţiei celuilalt Stat contractant şi susceptibile, după felul lor, a fi cauza apariţiei acestei boli (activitatea vătămătoare sănătăţii). În cazul în care există un drept la pensie conform legislaţiei unui Stat contractant, instituţia competentă va acorda numai cota-parte care corespunde raportului între durata activităţii vătămătoare aplicând legislaţia propriului Stat contractant şi durata activităţii vătămătoare aplicând legislaţia ambelor State contractante.

(2) Alineatul 1 se va aplica şi în cazul unei noi stabiliri a dreptului la prestaţii în caz de agravare a bolii profesionale. În cazul în care această agravare este cauzată de o nouă activitate

Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

Kapitel 2

Rentenversicherung

Artikel 14

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die nach Absatz 1 und Absatz 2 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

Artikel 15

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 14 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften Rumäniens gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in Rumänien.

(4) Nach den rumänischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den rumänischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

vătămătoare sănătăţii, dreptul la pensie este acordat pentru agravare numai în conformitate cu legislaţia Statului contractant în baza căreia a fost desfăşurată această activitate.

(3) Alineatele 1 şi 2 se vor aplica şi în cazul prestaţiilor acordate urmaşilor.

Secţiunea a 2-a

Asigurarea pentru pensii

Articolul 14

Totalizarea perioadelor de asigurare şi calculul pensiilor

(1) În vederea stabilirii dreptului la prestaţii conform legislaţiei aplicabile vor fi luate în considerare şi perioadele de asigurare care trebuie recunoscute pentru dreptul la prestaţii, realizate conform legislaţiei celuilalt Stat contractant şi care nu se suprapun cu aceeaşi perioadă. Mărimea perioadelor de asigurare care trebuie luate în considerare este stabilită conform legislaţiei Statului contractant în baza cărora au fost realizate.

(2) În cazul în care dreptul la prestaţii este condiţionat de realizarea anumitor perioade de asigurare determinate, vor fi luate în considerare, în acest sens, numai perioadele de asigurare comparabile conform legislaţiei celuilalt Stat contractant.

(3) Calculul pensiei este supus legislaţiei aplicabile a Statului contractant respectiv, dacă dispoziţiile prezentului Acord nu dispun altfel.

(4) Perioadele de asigurare care trebuie luate în considerare conform dispoziţiilor alineatelor 1 şi 2 vor fi luate în considerare numai în mărimea lor reală de timp.

Articolul 15

Dispoziţii particulare pentru instituţia germană

(1) Baza pentru determinarea punctajului mediu personal o constituie punctajul mediu determinat conform legislaţiei germane.

(2) Dispoziţiile privind totalizarea perioadelor de asigurare (articolul 14 alineatul 1) vor fi aplicate în mod corespunzător prestaţiilor a căror acordare este la aprecierea unei instituţii.

(3) În cazul în care dreptul la prestaţii conform legislaţiei germane este condiţionat de faptul că anumite perioade de asigurare au fost realizate într-o anumită perioadă de timp, şi dacă, în acelaşi timp, legislaţia prevede că această perioadă de timp se prelungeşte în cazul unor situaţii de fapt sau unor perioade de asigurare, pentru prelungirea acestora vor fi luate în considerare şi perioadele de asigurare realizate conform legislaţiei celuilalt Stat contractant sau situaţiile de fapt comparabile din celălalt Stat contractant. Situaţii de fapt comparabile sunt perioadele pentru care au fost plătite pensii de invaliditate sau pentru limită de vârstă sau prestaţii în caz de boală, şomaj sau accidente de muncă, cu excepţia pensiilor, conform legislaţiei României, precum şi perioadele pentru creşterea copiilor în România.

(4) Perioadele de asigurare realizate conform legislaţiei române vor fi luate în considerare în sistemul asigurărilor cu pensii pentru angajaţii din minerit, dacă au fost realizate în întreprinderi de minerit subteran. Dacă conform legislaţiei germane prestaţiile sunt condiţionate de faptul că au fost desfăşurate lucrări permanente în subteran sau alte lucrări asimilate, instituţia germană va lua în considerare perioadele de asigurare realizate conform legislaţiei române în decursul cărora au fost desfăşurate activităţi asimilate.

(5) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach rumänischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

(5) Dacă acordarea unor prestații determinate din sistemul pensiei agricultorilor depinde de realizarea unor perioade de asigurare în sistemul pensiei agricultorilor, pentru acordarea acestor prestații perioadele de asigurare realizate conform legislației române vor fi luate în considerare numai atunci când perioadele au fost realizate în timpul unei activități de agricultor pe cont propriu.

Artikel 16

Besonderheiten für den rumänischen Träger

(1) Die durchschnittlichen jährlichen Punktezahlen werden auf Grundlage der erzielten Einkünfte festgelegt, für die Sozialversicherungsbeiträge nach den rumänischen Rechtsvorschriften gezahlt oder geschuldet wurden.

(2) Ist nach den rumänischen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der rumänische Träger die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

Articolul 16

Dispoziții particulare pentru instituția română

(1) Punctajul mediu anual se determină pe baza veniturilor realizate pentru care s-au datorat sau, după caz, au fost achitate contribuțiile de asigurări sociale conform legislației române.

(2) Dacă conform legislației române prestațiile sunt condiționate de faptul că au fost desfășurate lucrări permanente în subteran sau alte lucrări asimilate, instituția română va lua în considerare perioadele de asigurare realizate conform legislației germane în decursul cărora au fost desfășurate activități asimilate.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amts- und Rechtshilfe

Artikel 17

Amts- und Rechtshilfe sowie ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. An dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation werden erstattet.

(2) Für die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe von Gerichten der Vertragsstaaten gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Die Amtshilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen der Rentenversicherung sowie bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und an dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 18

Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

Partea a III-a

Dispoziții diverse

Secțiunea 1

Asistență administrativă și judiciară

Articolul 17

Asistență administrativă și judiciară precum și controale medicale

(1) Instituțiile, asociațiile de instituții și autoritățile Statelor contractante își vor acorda asistență reciprocă pentru aplicarea legislației prevăzute în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1), precum și a prezentului Acord, ca și cum ar aplica propria legislație în vigoare. Această asistență va fi gratuită. Plățile către terți, cu excepția cheltuielilor de comunicare, vor fi restituite.

(2) Pentru asistența administrativă și judiciară reciprocă a instanțelor judecătorești ale Statelor contractante dispozițiile alineatului 1 vor fi aplicate în mod corespunzător.

(3) Asistența administrativă va cuprinde și controalele medicale în cadrul asigurării pentru pensii, precum și în cazul accidentelor de muncă și al bolilor profesionale. Costul controalelor, cheltuielile de transport, compensația pentru pierderea veniturilor, costul spitalizării pentru punerea sub observație, precum și plățile către terți, cu excepția cheltuielilor de comunicare, vor fi restituite de organismul solicitant. Costurile nu vor fi restituite, în cazul în care controlul medical este în interesul instituțiilor competente ale ambelor State contractante.

Articolul 18

Recunoașterea hotărârilor și documentelor executorii

(1) Hotărârile cu titlu executoriu ale unei instanțe judecătorești, precum și documentele executorii emise de către o instituție sau o autoritate a unui Stat contractant cu privire la contribuțiile de securitate socială sau la alte creanțe vor fi recunoscute în celălalt Stat contractant.

(2) Recunoașterea nu poate fi refuzată decât pe motiv de incompatibilitate cu ordinea publică a Statului contractant în care este cerută recunoașterea hotărârii sau documentului.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach dem Recht, das in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gilt. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muss mit der Vollstreckungsklausel versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Insolvenz- oder Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

(3) Hotărârile și documentele executorii recunoscute conform alineatului 1 vor fi executate în celălalt Stat contractant. Procedura de executare este conformă cu normele juridice în vigoare în Statul contractant pe teritoriul căruia executarea urmează să aibă loc în ceea ce privește executarea respectivelor hotărâri și documente emise în respectivul Stat contractant. Un exemplar al hotărârii sau documentului trebuie să fie investit cu formula executorie.

(4) Debitele privind contribuțiile datorate instituțiilor pe teritoriul unui Stat contractant au, pe teritoriul celuilalt Stat contractant, în cadrul oricărei proceduri de executare silită, precum și de insolvabilitate sau de faliment, același rang ca și creanțele echivalente de pe teritoriul acestui Stat contractant.

Artikel 19

Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Articolul 19

Dreptul instituției de a fi despăgubită de către terți

(1) În cazul în care o persoană beneficiază de prestații conform legislației unui Stat contractant pentru un risc survenit pe teritoriul celuilalt Stat contractant și are, conform prevederilor acestuia, un drept de a i se plăti o despăgubire de la terți, instituția primului Stat contractant, în conformitate cu legislația pe care o aplică, se subrogă în drepturile de despăgubire; celălalt Stat contractant va recunoaște această subrogare.

(2) În cazul în care instituția unui Stat contractant are, în conformitate cu legislația pe care o aplică, un drept direct de despăgubire de la un terț, celălalt Stat contractant va recunoaște acest drept.

(3) În cazul în care drepturile de despăgubire cu privire la prestații similare rezultând din același risc sunt deținute atât de o instituție a unui Stat contractant, cât și de o instituție a celuilalt Stat contractant, instituția unui Stat contractant va invoca, la cererea instituției celuilalt Stat contractant, și dreptul de despăgubire al acesteia. Partea terță poate să stingă obligațiile față de cele două instituții, cu efect de stingere totală, efectuând plata către oricare dintre cele două instituții. În ceea ce privește raportul intern dintre instituții, acestea sunt obligate la compensare cu cote-părți conform raportului prestațiilor pe care trebuie să le acorde.

(4) În măsura în care dreptul de despăgubire al unei persoane cuprinde dreptul la compensare a contribuțiilor de securitate socială, instituția care acordă prestațiile a primului Stat contractant se subrogă și în acest drept de despăgubire în conformitate cu legislația aplicabilă pentru această instituție.

Artikel 20

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Articolul 20

Taxe și autentificare

(1) Dacă legislația unui Stat contractant prevede scutirea integrală sau parțială de impozite sau taxe administrative, inclusiv de taxe consulare, precum și suportarea cheltuielilor pentru documentele sau certificatele necesare pentru aplicarea legislației, această scutire se va aplica și documentelor și certificatelor care trebuie să fie prezentate în aplicarea prezentului Acord sau a legislației celuilalt Stat contractant cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1).

(2) Certificatele care trebuie să fie prezentate în aplicarea prezentului Acord sau a legislației unui Stat contractant cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1) sunt exceptate de la autentificare sau alte formalități similare.

Artikel 21

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Urteile, Gerichtsbeschlüsse, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden; dies gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Articolul 21

Comunicarea și utilizarea limbilor oficiale

(1) În scopul aplicării prezentului Acord și a legislației unui Stat contractant cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1), instituțiile, asociațiile de instituții, autoritățile și instanțele judecătorești ale celor două State contractante pot comunica direct între ele și cu persoanele în cauză, precum și cu reprezentanții acestora în limbile lor oficiale. Reglementările legale privind utilizarea translatorilor rămân neschimbate.

(2) Hotărârile și deciziile judecătorești, comunicările și alte documente pot fi comunicate direct unei persoane care se află pe teritoriul celuilalt Stat contractant printr-o scrisoare recomandată cu aviz de primire; aceeași dispoziție se va aplica și hotărârilor, comunicărilor și altor documente care trebuie comunicate și care vor fi emise în aplicarea legii germane cu privire la prestațiile pentru victimele de război și a legilor care declară aplicabilă această lege în mod corespunzător.

(3) Instituțiile, asociațiile de instituții, autoritățile și instanțele judecătorești ale celor două State contractante nu vor putea refuza cererile și documentele pe motiv că sunt redactate în limba oficială a celuilalt Stat contractant.

Artikel 22

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

Articolul 22

Egalitate de tratament a cererilor

(1) În cazul în care cererea pentru acordarea unei prestații conform legislației unui Stat contractant a fost adresată unui organism din celălalt Stat contractant care este competent pentru primirea cererii pentru acordarea unei prestații corespunzătoare conform legislației aplicabile pentru acesta, cererea este considerată ca și cum ar fi adresată instituției competente. Această dispoziție se aplică în mod corespunzător și altor cereri, precum și altor declarații și recursuri.

(2) Cererile, declarațiile și recursurile vor fi înaintate, neîntârziat, de organismele unui Stat contractant cărora le-au fost adresate, organismului competent al celuilalt Stat contractant.

(3) O cerere pentru acordarea unei prestații conform legislației unui Stat contractant este considerată ca o cerere pentru acordarea unei prestații corespunzătoare conform legislației celuilalt Stat contractant. Această dispoziție nu se aplică în cazul în care solicitantul cere, în mod expres, ca stabilirea drepturilor dobândite conform legislației celuilalt Stat contractant la prestațiile care se acordă în funcție de limita de vârstă să fie amânată.

Artikel 23

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung des für jeden Vertragsstaat geltenden Rechts:

1. Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats

Articolul 23

Protecția datelor

(1) În măsura în care, în baza dispozițiilor prezentului Acord, sunt comunicate date cu caracter personal, următoarele dispoziții se aplică cu condiția respectării reglementărilor legale ale fiecărui Stat contractant:

1. În vederea aplicării prezentului Acord și a legislației la care acesta se referă, datele pot fi comunicate organismelor competente ale Statului contractant solicitant. Organismul solicitant poate să le utilizeze exclusiv în aceste scopuri. Transmiterea datelor în Statul contractant solicitant unor terți sau utilizarea lor în Statul contractant solicitant în alte scopuri poate avea loc conform reglementărilor legale ale Statului contractant solicitant numai atunci când este în interesul scopurilor securității sociale, inclusiv în cadrul unor procese juridice conexe. În acest sens, este permisă transmiterea acestor date în cazurile în care transmiterea este obligatorie pentru interesele protejate de legea penală sau

für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaats nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

5. Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind oder nicht hätten übermittelt werden dürfen. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.

8. Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 24

Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verein-

în scopuri fiscale, conform legilor și celorlalte norme ale Statului contractant solicitant. În rest, transmiterea datelor unor terți poate avea loc numai cu autorizația prealabilă a organismului care le-a comunicat.

2. La cerere, organismul solicitant va informa, după caz, organismul care comunică datele cu privire la utilizarea datelor comunicate și la rezultatele astfel obținute.

3. Organismul care comunică datele este obligat să verifice exactitatea datelor comunicate, necesitatea și oportunitatea comunicării în raport cu scopul urmărit. În privința comunicării se vor respecta interdicțiile prevăzute de reglementările legale naționale. Transmiterea datelor nu poate fi efectuată, dacă organismul care comunică datele are un motiv să presupună că în așa fel va fi încălcat scopul urmărit de legislația națională sau vor fi lezate interesele persoanei în cauză demne de a fi apărate. În cazul în care se constată că au fost comunicate date inexacte sau a căror comunicare era interzisă conform reglementărilor legale ale Statului contractant care le-a comunicat, această constatare trebuie adusă neîntârziat la cunoștința organismului solicitant. Acesta este obligat să corecteze sau să radieze datele primite.

4. Persoanele la care se referă datele pot obține, la cerere, informații în legătură cu datele cu caracter personal transmise și cu scopul în care urmează a fi utilizate. Dreptul persoanelor în cauză de a obține informații în legătură cu datele disponibile privitoare la ele se reglementează, în acest sens, în conformitate cu reglementările legale naționale ale Statului contractant al cărui organism a solicitat informația.

5. În cazul în care un organism al unui Stat contractant a comunicat date cu caracter personal în baza prezentului Acord, organismul solicitant al celuilalt Stat contractant nu poate, în cadrul răspunderii sale potrivit reglementărilor legale naționale, să invoce, pentru a se elibera de obligația sa față de persoana prejudiciată, faptul că datele transmise au fost incorecte sau că datele n-ar fi putut să fie transmise. În cazul în care organismul solicitant va acorda o despăgubire pentru un prejudiciu cauzat de utilizarea datelor comunicate incorect sau fără drept, organismul care a comunicat datele va suporta pentru organismul solicitant suma întreagă a despăgubirii acordate.

6. Datele cu caracter personal comunicate urmează a fi radiate de îndată ce nu mai sunt necesare pentru scopul în care au fost comunicate și dacă nu există un motiv ca prin radierea lor să fie prejudiciate interesele persoanei în cauză, în domeniul securității sociale, demne de a fi apărate.

7. Organismul solicitant și organismul care a comunicat datele sunt obligate să țină evidența comunicării și primirii de date cu caracter personal.

8. Organismul solicitant și organismul care a comunicat datele sunt obligate să asigure protecția datelor cu caracter personal comunicate, împiedicând eficient accesul neautorizat la acestea, modificarea lor neautorizată și publicarea lor neautorizată.

(2) Dispozițiile alineatului 1 vor fi aplicate, în mod corespunzător, secretelor industriale și de serviciu.

Secțiunea a 2-a

Aplicarea și interpretarea prezentului Acord

Articolul 24

Aplicarea prezentului Acord și organismele de legătură

(1) Guvernele sau autoritățile competente vor putea încheia înțelegerile necesare pentru aplicarea prezentului Acord. Auto-

barungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

1. in der Bundesrepublik Deutschland

   für die Unfallversicherung
   der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Sankt Augustin,

   für die Rentenversicherung
   die Deutsche Rentenversicherung Unterfranken, Würzburg,
   die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
   die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,

   für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
   die Deutsche Rentenversicherung Saarland, Saarbrücken,

   für die Alterssicherung der Landwirte
   der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen, Kassel,

   soweit die deutschen gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,

   die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in Rumänien

   die Nationale Renten- und Sozialversicherungskasse (CNPAS), Bukarest (Casa Națională de Pensie și alte Drepturi de Asigurări Sociale, București).

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist bei Zuordnung innerhalb der Deutschen Rentenversicherung zu einem Regionalträger die Deutsche Rentenversicherung Unterfranken, Würzburg, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und rumänischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. sonstige im Hoheitsgebiet Rumäniens zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder
3. der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet Rumäniens hat oder
4. der Berechtigte als rumänischer Staatsangehöriger seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für die gemäß Artikel 11 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

ritățile competente se vor informa reciproc cu privire la modificările și completările aduse legislației în vigoare cuprinse în câmpul material de aplicare al prezentului Acord (articolul 2 alineatul 1).

(2) În vederea aplicării prezentului Acord, vor fi desemnate următoarele organisme de legătură:

1. În Republica Federală Germania

   pentru asigurarea contra accidentelor
   Uniunea Generală a Asociațiilor Profesionale, Sankt Augustin, (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Sankt Augustin)

   pentru asigurarea cu pensii
   Asigurarea Germană pentru Pensii Unterfranken, Würzburg, (Deutsche Rentenversicherung Unterfranken, Würzburg)
   Asigurarea Germană pentru Pensii Federație, Berlin, (Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin)
   Asigurarea Germană pentru Pensii Minerit, Căi Ferate, Navigație Maritimă, Bochum, (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum)

   pentru asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie, Asigurarea Germană pentru Pensii – Saarland, Saarbrücken, (Deutsche Rentenversicherung Saarland, Saarbrücken)

   pentru pensia agricultorilor
   Uniunea Generală a Caselor de Pensii pentru Agricultori, Kassel, (Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen, Kassel)

   În măsura în care la aplicarea prezentului Acord sunt implicate instituțiile germane de asigurare de sănătate obligatorie,

   Organismul German de Legătură pentru Asigurări de Sănătate în Străinătate, Bonn, (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn);

2. În România

   Casa Națională de Pensii și alte Drepturi de Asigurări Sociale (CNPAS), București.

(3) Dacă nu este deja prevăzut de legislația germană, în vederea încadrării într-o instituție regională în cadrul asigurării germane pentru pensii, Asigurarea Germană pentru Pensii Unterfranken din Würzburg (Deutsche Rentenversicherung Unterfranken, Würzburg) este competentă pentru toate procedurile, inclusiv stabilirea și acordarea prestațiilor, dacă

1. perioadele de asigurare au fost realizate și acordate conform legislației germane și române sau
2. alte perioade realizate pe teritoriul României trebuie acordate conform legislației germane privind pensiile acordate unor străini sau
3. persoana îndreptățită are reședința obișnuită pe teritoriul României sau
4. persoana îndreptățită, cetățean român are reședința obișnuită în afara teritoriului Statelor contractante.

Aceste dispoziții vor fi aplicate prestațiilor de participare numai în cazul în care ele vor fi acordate în cadrul unei proceduri curente de pensii.

(4) Organismele de legătură vor fi autorizate să convină în cadrul atribuțiilor lor, cu participarea autorităților competente, măsurile administrative necesare și oportune pentru aplicarea prezentului Acord, inclusiv procedura privind acordarea și plata prestațiilor în bani. Dispozițiile alineatului 1 vor rămâne neschimbate.

(5) Alineatul 4 se aplică în mod corespunzător pentru organismele desemnate de către autoritățile competente, în conformitate cu dispozițiile articolului 11 al prezentului Acord.

Artikel 25

Währung und Umrechnungskurse

(1) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des einen oder des anderen Vertragsstaats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Werden die Geldleistungen in der Währung des anderen Vertragsstaats erbracht, ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

(2) Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

(3) Hat ein Träger in den Fällen des Artikels 18 (Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden) oder des Artikels 19 (Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte) an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaats zu leisten.

Articolul 25

Moneda și cursurile de schimb

(1) Plata prestațiilor în bani poate fi efectuată unei persoane care se află pe teritoriul celuilalt Stat contractant de către instituția unui Stat contractant în moneda unuia sau celuilalt Stat contractant, aceasta constituind o stingere deplină a obligației de plată. În cazul în care prestațiile în bani vor fi efectuate în moneda celuilalt Stat contractant, hotărâtor pentru schimb este cursul de schimb de la ziua în care s-a efectuat transferul.

(2) În cazul în care instituția unui Stat contractant este responsabilă pentru efectuarea plăților unei instituții a celuilalt Stat contractant, aceste plăți vor fi efectuate în moneda celui de-al doilea Stat contractant.

(3) În cazul în care instituția unui Stat contractant este responsabilă pentru efectuarea plăților unei instituții a celuilalt Stat contractant în cazurile prevăzute la articolul 18 (recunoașterea hotărârilor și documentelor executorii) sau la articolul 19 (dreptul instituției de a fi despăgubită de către terți), aceste plăți vor fi efectuate în moneda primului Stat contractant.

Artikel 26

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Articolul 26

Recuperarea plăților necuvenite

(1) În cazul în care instituția unui Stat contractant a acordat o prestație în bani necuvenită, suma plătită necuvenit poate fi dedusă în beneficiul acestei instituții din prestația corespunzătoare acordată conform legislației celuilalt Stat contractant.

(2) În cazul în care o persoană este îndreptățită, conform legislației unui Stat contractant, la o prestație în bani pentru o perioadă pentru care o instituție de protecție socială a celuilalt Stat contractant a acordat acesteia sau unui rude prestații, această prestație în bani va fi reținută la cererea și în beneficiul instituției de protecție socială îndreptățite la despăgubire, ca și cum aceasta ar fi o instituție de protecție socială cu sediul pe teritoriul primului Stat contractant. Obligația reținerii nu persistă în cazul în care instituția obligată la plata prestației a acordat prestația înainte de a fi luat cunoștință de plata prestației de către instituția de protecție socială.

Artikel 27

Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung des Abkommens und des Schlussprotokolls werden auf diplomatischem Wege und gegebenenfalls durch eine im beiderseitigen Einvernehmen gebildete gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Articolul 27

Soluționarea diferendelor

Eventualele diferende între cele două State contractante referitoare la interpretarea sau aplicarea prezentului Acord și a Protocolului final se vor soluționa pe cale diplomatică și, după caz, de o comisie mixtă ad-hoc formată de comun acord.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 28

Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

a) für die Zeit vor seinem Inkrafttreten,

b) in den Fällen, in denen das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 28. April 1957 unmittelbar oder aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften weiterhin anzuwenden ist.

Partea a IV-a

Dispoziții tranzitorii și finale

Articolul 28

Drepturile la prestații pe baza prezentului Acord

(1) Prezentul Acord nu deschide nici un drept la prestații:

a) pentru o perioadă anterioară intrării sale în vigoare

b) în cazurile în care Acordul din 28 aprilie 1957 dintre Guvernul Republicii Democrate Germane și Guvernul Republicii Populare Române cu privire la colaborarea în domeniul politicii de prevederi sociale se aplică, în continuare, în mod direct sau în conformitate cu legislația internă.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und die anderen rechtserheblichen Sachverhalte berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 29

Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 31

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Bukarest am 8. April 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) În aplicarea prezentului Acord, perioadele de asigurare realizate precum și alte situații care au relevanță juridică conform legislației unui Stat contractant, anterioare intrării sale în vigoare, vor fi luate în considerare.

(3) Deciziile anterioare nu contravin aplicării prezentului Acord.

(4) Pensiile stabilite înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord pot fi, la cerere, stabilite din nou, dacă exclusiv pe baza dispozițiilor prezentului Acord a survenit o modificare.

(5) În cazul în care noua stabilire conform alineatului 4 nu ar avea ca rezultat o pensie sau ar avea ca rezultat o pensie mai mică decât cea plătită pentru ultima perioadă înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord, pensia va fi plătită în cuantumul anterior.

Articolul 29

Protocolul final

Protocolul final anexat este parte integrantă a prezentului Acord.

Articolul 30

Ratificarea și intrarea în vigoare

(1) Prezentul Acord va fi ratificat; instrumentele de ratificare vor fi schimbate cât mai curând posibil la Berlin.

(2) Prezentul Acord va intra în vigoare în prima zi a celei de-a două luni care urmează expirării lunii în care instrumentele de ratificare au fost schimbate.

Articolul 31

Valabilitatea Acordului

(1) Prezentul Acord se încheie pe perioadă nedeterminată. Fiecare Stat contractant poate să-l denunțe, în scris, pe cale diplomatică, până la 30 septembrie a unui an calendaristic. Denunțarea își va produce efecte din prima zi a anului calendaristic care urmează denunțării.

(2) În cazul în care prezentul Acord își încetează valabilitatea ca urmare a denunțării, dispozițiile sale vor continua să fi aplicate privind drepturile la prestații dobândite până în acel moment. Legislația restrictivă privind pierderea unui drept sau suspendarea ori reținerea unor prestații ca urmare a reședinței în străinătate nu vor fi luate în considerare privind aceste drepturi.

Semnat la București la 8 aprilie 2005, în două exemplare originale, fiecare în limbile germană și română, ambele texte fiind egal autentice.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania

Norman Walter
Klaus Theo Schröder

Für Rumänien
Pentru România

Gheorghe Barbu

Schlussprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nr. 10 des Abkommens:

   Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Teil II Kapitel 2) nicht.

   b) In Bezug auf Rumänien gilt das Abkommen nur für das öffentliche Sozialversicherungssystem.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Versicherungslastregelungen in den von den Vertragsstaaten geschlossenen zwischenstaatlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

   c) Rumänische Staatsangehörige, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland haben, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummer 1 Buchstabe b und c des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet Rumäniens.

   d) Renten, die nach den rumänischen Rechtsvorschriften deutschen Staatsangehörigen und Staatsangehörigen der Vertragsstaaten mit Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gewährt werden, werden auch gezahlt, wenn diese Personen ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten haben.

4. Zu Artikel 5 des Abkommens:

   a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet Rumäniens gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

Protocol final la Acordul între Republica Federală Germania și România privind securitatea socială

La semnarea Acordului între Republica Federală Germania și România privind securitatea socială care a fost semnat astăzi, împuterniciții celor două State contractante au declarat că au convenit următoarele:

1. La articolul 1 alineatul 1 punctul 10 al Acordului:

   Reședința obișnuită este determinată de șederea concepută în vederea unei rămâneri efective, legale, de lungă durată, precum și de centrul intereselor vitale.

2. La articolul 2 al Acordului:

   a) În ceea ce privește asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie din Republica Federală Germania nu vor fi aplicate dispozițiile speciale privind asigurarea pentru pensii (Partea II secțiunea 2).

   b) În ceea ce privește România, Acordul va fi aplicat numai sistemului public de asigurări sociale.

3. La articolul 4 al Acordului:

   a) Dispozițiile referitoare la repartizarea riscurilor de asigurare din acordurile încheiate între guvernele celor două State contractante vor rămâne neschimbate.

   b) Legislația unui Stat contractant care asigură participarea asiguraților și angajatorilor la organismele de autoadministrare a instituțiilor și asociațiilor, precum și la jurisdicția în domeniul securității sociale vor rămâne neschimbate.

   c) Cetățenii români care au reședința obișnuită în afara teritoriului Republicii Federale Germania au dreptul la asigurarea facultativă în sistemul german de asigurare pentru pensii, dacă au realizat în acest sens stagii de cotizare pentru cel puțin 60 de luni; legislația națională mai favorabilă va rămâne neschimbată. Acest lucru este valabil și în privința refugiaților și apatrizilor menționați la articolul 3 punctul 1 literele b și c al Acordului care au reședința obișnuită pe teritoriul României.

   d) Pensiile acordate conform legislației române unor cetățeni germani și unor cetățeni ai Statelor contractante cu perioade de asigurare realizate conform legislației ambelor State contractante vor fi plătite și în cazul în care persoanele în cauză au reședința obișnuită în afara teritoriilor Statelor contractante.

4. La articolul 5 al Acordului:

   a) Persoanelor cu reședința obișnuită pe teritoriul României li se aplică articolul 5 al Acordului în privința acordării unei pensii pentru capacitatea redusă de muncă conform legislației germane numai în cazul în care dreptul există independent de situația pe piața de muncă respectivă.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

a) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung.

b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staats, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn

– die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht;

– der Arbeitgeber des entsandten Arbeitnehmers im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt;

– die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat;

– die Arbeitnehmerüberlassung einen Verstoß gegen das Recht eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten darstellt oder

– der Arbeitnehmer seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums weniger als zwei Monate im Entsendestaat beschäftigt war.

b) Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

7. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt. Besteht Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so wird die günstigere Leistung gezahlt unter Anrechnung der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

8. Zu Artikel 10 des Abkommens:

Die in Absatz 3 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

b) Legislația germană privind prestațiile în cazul accidentelor de muncă și bolilor profesionale care nu au survenit pe teritoriul Republicii Federale Germania, precum și privind prestațiile ca urmare a perioadelor de asigurare care nu au fost realizate pe teritoriul Republicii Federale Germania va rămâne neschimbată.

c) Legislația germană privind prestațiile în cazuri de participare de către instituțiile de asigurări pentru pensii și privind pensia agricultorilor va rămâne neschimbată.

d) Legislația germană care reglementează suspendarea unor drepturi care decurg din asigurarea pentru pensii în cazul persoanelor care se sustrag de la urmărirea penală prin luarea reședinței în străinătate va rămâne neschimbată.

5. La articolele 6 până la 11 ale Acordului:

a) În cazul în care o persoană este supusă legislației unui Stat contractant în sensul articolelor 6 până la 11, normele legale ale acestui Stat contractant privind obligația de asigurare conform reglementărilor legale ale ocupării forței de muncă vor fi aplicate în egală măsură persoanei în cauză și angajatorului ei.

b) Angajatorii unor angajați trimiși sunt obligați să colaboreze, în materie de protecție a muncii și prevenire a accidentelor de muncă, cu instituțiile competente și organizațiile din statul în care își desfășoară activitatea angajatul în cauză. Legislația națională mai amplă rămâne neschimbată.

6. La articolul 7 al Acordului:

a) Nu este considerată trimitere pentru a-și desfășura activitatea pe teritoriul celuilalt Stat contractant, în special când:

– activitatea angajatului trimis nu corespunde domeniului de activitate al angajatorului din Statul contractant trimițător;

– angajatorul angajatului trimis nu desfășoară, de regulă, în Statul contractant trimițător o activitate comercială semnificativă;

– persoana angajată în scopul trimiterii nu are în acel moment reședința obișnuită în Statul contractant trimițător;

– punerea la dispoziție a forței de muncă este realizată cu încălcarea reglementărilor legale ale unui Stat contractant sau ale ambelor State contractante sau

– angajatul a desfășurat o activitate în Statul contractant trimițător o perioadă mai mică de 2 luni de la terminarea ultimei perioade de trimitere.

b) În cazul persoanelor care au o activitate în ziua intrării în vigoare a Acordului, termenul stabilit începe să curgă de la această dată.

7. La articolul 9 al Acordului:

Legislațiile celor două State contractante privind asigurarea în caz de acțiuni de ajutorare și de alte acțiuni în afara raportului de muncă desfășurate în străinătate vor rămâne neschimbate. În cazul în care există un drept la prestații conform legislațiilor celor două State contractante, se va plăti prestația mai favorabilă cu decontarea prestației conform legislației celuilalt Stat contractant.

8. La articolul 10 al Acordului:

În cazul persoanelor care au o activitate în ziua intrării în vigoare a Acordului, termenul stabilit la alineatul 3 începe să curgă de la această dată.

9. Zu Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 11 des Abkommens:

   Unterliegt bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 2 und Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustandegekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

10. Zu Artikel 11 des Abkommens:

   Artikel 11 des Abkommens gilt insbesondere für einen Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Sitz in einem Vertragsstaat, der vorübergehend von einer Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens im anderen Vertragsstaat beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten der Beteiligungsgesellschaft im Beschäftigungsstaat Arbeitsentgelt bezieht.

11. Zu Artikel 13 Absatz 1 des Abkommens:

   In den Fällen nach Artikel 13 Absatz 1 Satz 1 des Abkommens werden Sachleistungen und Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften und durch den Träger des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet die berechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

12. Zu Artikel 28 des Abkommens:

   a) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt

      – die deutsche Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren,

      – die rumänische Rente mit dem ersten Tag des Folgemonats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren,

      frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

   b) Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt sind, können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

13. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

9. La articolul 10 alineatul 2 și articolul 11 al Acordului:

   În cazul în care persoana în cauză, în aplicarea articolului 10 alineatul 2 și articolului 11 al Acordului, este supusă legislației germane, aceasta este considerată angajată sau desfășurând o activitate la locul unde a avut ultimul angajament sau activitate, fiind aplicată în continuare orice altă reglementare care a rezultat din aplicarea anterioară a articolului 7 al Acordului. Dacă nu a fost angajată sau nu a desfășurat o activitate anterioară pe teritoriul Republicii Federale Germania, aceasta este considerată angajată sau desfășurând o activitate la locul unde își are sediul autoritatea germană competentă.

10. La articolul 11 al Acordului:

   Articolul 11 al Acordului se referă în special la angajatul unei întreprinderi cu sediul pe teritoriul unui Stat contractant care își desfășoară în mod temporar activitatea la o întreprindere asociată a acestei întreprinderi din celălalt Stat contractant care primește pentru această perioadă de timp drepturile salariale de la întreprinderea asociată din Statul unde își desfășoară activitatea.

11. La articolul 13 alineatul 1 al Acordului:

   În cazurile articolului 13 alineatul 1 propoziția 1, prestațiile în natură și prestațiile în bani cu excepția pensiei vor fi acordate numai conform legislației și numai de instituția Statului contractant pe teritoriul căruia persoana îndreptățită are reședința obișnuită.

12. La articolul 28 al Acordului:

   a) În cazul în care, în termen de douăsprezece luni de la intrarea în vigoare a prezentului Acord, se introduce o cerere pentru stabilirea unei pensii la care dreptul există numai luându-se în considerare prezentul Acord,

      – pensia germană se acordă din luna calendaristică la începutul căreia condițiile de pensionare au fost îndeplinite,

      – pensia română se acordă începând din prima zi a lunii următoare celei în care condițiile au fost indeplinite,

      dar nu înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord.

   b) Pensiile stabilite înainte de intrarea în vigoare a Acordului pot fi stabilite din nou și din oficiu. În aceste cazuri, ziua în care instituția începe procedura este considerată ziua introducerii cererii conform legislației celuilalt Stat contractant.

13. Legislația germană privind prestațiile în cazul accidentelor de muncă și bolilor profesionale ce urmează a fi despăgubite conform legislației privind pensiile acordate unor străini și prestațiile pentru perioadele de asigurare ce urmează a fi acordate conform legislației privind pensiile acordate unor străini va rămâne neschimbată.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit

Înțelegere privind aplicarea Acordului din 8 aprilie 2005 între Republica Federală Germania și România privind securitatea socială

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung Rumäniens –

auf der Grundlage des Artikels 24 Absatz 1 des Abkommens vom 8. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben Folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In dieser Vereinbarung werden die im Abkommen bestimmten Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den gemäß Artikel 11 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 24 Absätze 2 und 5 sowie in Artikel 17 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Guvernul Republicii Federale Germania

și

Guvernul României

In baza articolului 24 alineatul 1 al Acordului din 8 aprilie 2005 între Republica Federală Germania și România privind securitatea socială, denumit în continuare „Acord”

au convenit după cum urmează:

Partea I

Dispoziții generale

Articolul 1

Definiții

În prezenta Înțelegere, termenii definiți în Acord se folosesc cu semnificația atribuită de acesta.

Articolul 2

Obligații de informare

Organismele de legătură desemnate în conformitate cu articolul 24 alineatul 2 al Acordului și organismele desemnate de autoritățile competente în conformitate cu articolul 11 al Acordului sunt obligate, în cadrul atribuțiilor lor, să asigure informarea generală a persoanelor interesate privind drepturile și obligațiile acestora conform Acordului.

Articolul 3

Obligații de comunicare

(1) Organismele menționate la articolul 24 alineatele 2 și 5, precum și la articolul 17 al Acordului, în cadrul atribuțiilor lor, își vor comunica reciproc, precum și persoanelor interesate situațiile de fapt și vor pune la dispoziție mijloacele de probă necesare pentru păstrarea drepturilor și obligațiilor care rezultă din legislația menționată la articolul 2 alineatul 1 din Acord, precum și din Acord și din prezenta Înțelegere.

(2) Dacă, în conformitate cu legislația menționată la articolul 2 alineatul 1 al Acordului, cu Acordul sau cu prezenta Înțelegere, o persoană este obligată să comunice instituției sau altui organism anumite situații de fapt, această obligație există și în privința unor situații de fapt corespunzătoare, existente pe teritoriul celuilalt Stat contractant sau în conformitate cu legislația acestuia. Acest lucru este valabil și în cazul în care o persoană este obligată să pună la dispoziție anumite mijloace de probă.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt die zuständige Stelle des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber oder die in Artikel 9 des Abkommens bezeichneten Personen diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese muss in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen der Artikel 7 und 10 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 11 des Abkommens stellt die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die rumänischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Nationale Renten- und Sozialversicherungskasse (CNPAS), mit Sitz in Bukarest, diese Bescheinigung aus.

(4) Bestehen Zweifel an der Bescheinigung, hat die Stelle, die die Bescheinigung ausgestellt hat, diese auf Verlangen zu überprüfen.

Articolul 4

Adeverința privind legislația aplicabilă

(1) În cazurile articolelor 7, 10 și 11 ale Acordului, organismul competent al Statului contractant a cărui legislație urmează a fi aplicată va elibera la cerere, în privința respectivei activități, o adeverință care atestă că persoana angajată și angajatorul sau persoana menționată la articolul 9 al Acordului sunt supuse acestei legislații. În cazurile articolelor 7 și 11 ale Acordului, această adeverință trebuie să poarte mențiunea unei perioade determinate de valabilitate.

(2) În cazul în care legislația germană urmează a fi aplicată, această adeverință va fi eliberată de instituția de asigurări de sănătate către care sunt virate contribuțiile pentru asigurarea pentru pensii în cazurile articolelor 7 și 10 ale Acordului, iar în celelalte cazuri de Asigurarea Germană pentru Pensii Federație, Berlin. În cazurile articolului 11 al Acordului, adeverința va fi eliberată de Organismul German de Legătură pentru Asigurări de Sănătate în Străinătate (DVKA), Bonn.

(3) În cazul în care legislația română urmează a fi aplicată, această adeverință va fi eliberată de Casa Națională de Pensii și Alte Drepturi de Asigurări Sociale (CNPAS) cu sediul în București.

(4) În cazul în care există îndoieli cu privire la adeverința eliberată, organismul emitent o va reexamina, la cerere.

Artikel 5

Zahlverfahren

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen ausgezahlt werden.

Articolul 5

Modalitățile de plată

Prestațiile în bani acordate beneficiarilor aflați pe teritoriul celuilalt Stat contractant pot fi plătite în mod direct sau prin intermediul organismelor de legătură.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Unfallversicherung

Artikel 6

Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Geht dem Träger des Aufenthaltsortes die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Partea a II-a

Dispoziții speciale

Secțiunea 1

Asigurarea contra accidentelor

Articolul 6

Raportarea unui accident de muncă

(1) În vederea raportării accidentului de muncă sau a bolii profesionale va fi aplicată legislația Statului contractant în baza căreia persoana este asigurată.

(2) Raportul va fi prezentat instituției competente. În cazul în care instituția locului de reședință primește un raport, aceasta îl va transmite neîntârziat instituției competente.

Kapitel 2

Verschiedenes

Artikel 7

Statistiken

Die nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Secțiunea a 2-a

Diverse

Articolul 7

Statistici

Organismele de legătură desemnate în conformitate cu articolul 24 alineatul 2 al Acordului vor elabora anual, data de referință fiind 31 decembrie, statistici privind plățile de pensii efectuate înspre teritoriul celuilalt Stat contractant. Datele urmează a cuprinde, în măsura posibilului, numărul și suma totală a pensiilor și îndemnizațiilor împărțite după categorii de pensii. Se va efectua schimbul de statistici.

Abschnitt III

Schlussbestimmung

Artikel 8

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Bukarest am 8. April 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Partea a III-a

Dispoziții finale

Articolul 8

Intrarea în vigoare și valabilitatea Înțelegerii

(1) Prezenta Înțelegere va intra în vigoare în ziua în care cele două Guverne își vor comunica îndeplinirea procedurilor legale interne pentru intrarea în vigoare a Înțelegerii. Decisivă în acest sens este ziua primirii ultimei notificări.

(2) Prezenta Înțelegere va fi aplicată din ziua intrării în vigoare a Acordului și va fi valabilă pentru aceeași perioadă de timp.

Semnată la București, la 8 aprilie 2005 în două exemplare originale, fiecare în limbile germană și română, ambele texte fiind egal autentice.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pentru Guvernul Republicii Federale Germania

Norman Walter
Klaus Theo Schröder

Für die Regierung von Rumänien
Pentru Guvernul României

Gheorghe Barbu

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und rumänischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 des **Abkommens** enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Die Nummer 1 des Schlussprotokolls enthält darüber hinaus eine weitere Präzisierung des in Artikel 1 des Abkommens definierten Ausdrucks „gewöhnlicher Aufenthalt“.

Artikel 2, der durch Nummer 2 des Schlussprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Absatz 2 ist klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das innerstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Die in Nummer 2 des Schlussprotokolls getroffene Regelung ergibt sich einerseits daraus, dass die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über Wanderarbeitnehmerinnen und Wanderarbeitnehmer einbezogen ist und andererseits aus den Besonderheiten des rumänischen Rechts.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt. Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien auch bei gewöhnlichem Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 3 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Nummer 3 Buchstabe c knüpft für rumänische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Rumänien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u. a. an die Voraussetzung einer Mindestversicherungszeit (Wartezeit) von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält. Nummer 4 des Schlussprotokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Buchstabe a, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Rumänien gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und rumänischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch die Nummer 5 des Schlussprotokolls ergänzt. Nach Buchstabe a finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei unterstellt sind, auch deren Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung. Damit gelten für alle erwerbstätigen Personen im Bereich der Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung nur die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften der Vertragspartei über die Versicherungspflicht Anwendung, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip).

Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 6 bis 9 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen. In Nummer 6 Buchstabe a sind Tatbestände aufgeführt, die einer Entsendung in den anderen Vertragsstaat entgegenstehen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die aufgrund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und lässt abweichende Vereinbarungen zu.

Nummer 10 des Schlussprotokolls enthält als Beispiel einen Anwendungsfall der Bestimmung des Artikels 11.

Die Artikel 12 und 13 und die Nummer 11 des Schlussprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 13, dass bei der Prüfung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit gesundheitsgefährdende Beschäftigungen im anderen Vertragsstaat mit berücksichtigt werden.

Die Artikel 14 bis 16 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 14 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und rumänischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 15 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 16 nähere Regelungen für die Anwendung der rumänischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 17 bis 27 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 28 bis 31 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Artikel 28, der die Bestimmungen über die Leistungsansprüche auf der Grundlage des Abkommens enthält, wird durch Nummer 12 des Schlussprotokolls ergänzt.

Nach Artikel 1 der **Durchführungsvereinbarung** haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt vor allem für in das Gebiet der anderen Vertragspartei entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des so genannten Entsendestaats.

Aufgrund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Staat entweder durch eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt werden.

Artikel 6 regelt die Anzeigepflicht im Falle eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit.

In Artikel 7 ist festgelegt, dass jährliche Statistiken über die in den jeweils anderen Staat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 8 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333